

Antrag an das 31. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	Grünboldt ; Linke Liste an der HU	
Datum	22.04.2024	
Nr. und Datum der Sitzung	5. Sitzung, 24.04.2024	
Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)		

I. Antragsgegenstand

Änderungsantrag zu TOP 6.14 SP-31/43

Neuer Titel: „Stupa stabil hinter dem RefRat“

II. Beschlussentwurf

Ersetze Beschlussentwurf durch:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

1. Das StuPa unterstützt die Äußerungen des RefRats in seiner Pressemitteilung „Statement: Keine Polizei in unseren Unis!“ und der dazugehörigen Rundmail.

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

-

IV. Begründung

Die Polizei als Institution schafft keine Sicherheit für alle Studierenden, insbesondere schafft sich keine Sicherheit für Studierende of Colour, trans* und queere Studierende und andere marginalisierte Gruppen. Seit 1990 sind 200 Menschen in Polizeigewahrsam gestorben, in regelmäßigen Abständen wird bekannt, dass es in den Reihen von Polizei, Verfassungsschutz und Militär rechtsextreme Chatgruppen gibt. Das Hannibal-Netzwerk steht dabei exemplarisch für das Risiko, dass solche rechtsextreme Akteur*innen aus den Sicherheitsbehörden für die Gesellschaft als solche bergen. Solche gewalttätigen Umsturzpläne betreffen uns alle und zeigen die Wichtigkeit von antifaschistischem Selbstschutz.

Die Aufklärung bezüglich dieser Vorgänge wird systematisch erschwert bis hin zu verunmöglicht, wie beispielhaft die vielen offenen Fragen im NSU-Komplex zeigen.

Das Studierendenparlament spricht sich erneut gegen Polizeieinsätze auf unseren Campi aus. Wie das Studierendenparlament schon in seinem Beschluss 6.0. vom 04.05.2023 (SP 30-20) erklärte, verursacht die Polizei eine nicht notwendige Eskalationsstufe und hat auf Universitätsgeländen nichts zu suchen. Wir sprechen uns außerdem auch gegen eine mögliche Einführung von Campuspolizeien – wie bspw. in Griechenland schon geschehen – ein.

Das StuPa unterstützt den RefRat in seinen Bestrebungen sich weiterhin kritisch und solidarisch für die Belange aller Studierenden einzusetzen. Die Unterstützung des Studierendenparlament gilt dabei insbesondere den Studierenden, die von Polizeigewalt betroffen gemacht werden.

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

-

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen

- Kontaktinformationen unter: <https://hu.berlin/lili>
- eskewoldmer@student.hu-berlin.de